

Einwohnerrat

Sitzung vom Donnerstag, 14. März 2019, 19.00 Uhr, Rathausaal

Vorsitz:	Hansjörg Huser, Einwohnerratspräsident	
Anwesend:	Mitglieder des Einwohnerrats	42
	Mitglieder des Gemeinderats	7
	Sigrist Thomas, Präsident Schulpflege	
	Blickenstorfer Urs, Gemeindeschreiber	
	Wiedmer Barbara, Gemeindeschreiberin	
Entschuldigt abwesend:	Marcel Aebi, CVP	
	Silvia Berz, SVP	
	Christa Camponovo, SP/WettiGrünen	
	Dacfeý Dzung, SP/WettiGrünen	
	Besir Kisa, SP/WettiGrünen	
	Hanna Läng, EVP/Forum 5430	
	Serafino Mannarino, CVP	
	Sylvia Scherer, SVP	
Traktanden:	1	Protokolle der Sitzungen vom 13. Dezember 2018 und 24. Januar 2019
	2	Kreditbegehren von Fr. 10'930'000.00 (inkl. MwSt.) für die Sanierung Untere Landstrasse, Teilstück Kreisel Staffelstrasse bis Stadtgrenze Baden (2018-0426)
	3	Motion Widmer Franziska und Egloff Benedikt, Forum 5430, vom 21. Juni 2018 betreffend Grünstadtlablel Schweiz; Rückzug (2018-1311)
	4	Motion Hiller Yvonne, GLP, vom 18. Oktober 2018 betreffend Anleitung zur Umsetzung des "bedarfsgerechten Angebots an familienergänzender Betreuung"; Rückzug (2018-1791)
	5	Motion Hiller Yvonne, GLP, vom 18. Oktober 2018 betreffend Angebot und Anmeldeprozedere der Kinderbetreuung; Ablehnung und Überweisung als Postulat (2018-1792)
	6	Interpellation Fraktion SP/WettiGrünen vom 18. Oktober 2018 betreffend Zustand der Asylunterkünfte in Wettingen; Beantwortung (2018-1789)
	7	Interpellation Ernst Manuela, GLP, vom 13. Dezember 2018 betreffend Rückerstattung Subventionen der Postauto AG; Beantwortung (2018-2012)

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Ich begrüsse Sie zur neunten Sitzung des Einwohnerrats in dieser Legislaturperiode. Ein spezieller Gruss richte ich an die Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und an alle Medienvertreterinnen und -vertreter. Vielen Dank für die objektiv geschriebenen Berichte und Ihr Interesse an der Politik. Ich begrüsse Rahel Bühler von der Redaktion der Limmatwelle als Nachfolgerin von Barbara Scherer ganz herzlich. Sie ist heute das erste Mal anwesend. Für unsere Sicherheit ist heute Abend Kpl Patrick Hochstrasser zuständig.

Unser Pilotversuch mit den Kommissions- und Fraktionserklärungen wird heute nicht genutzt.

Aufgrund der Abwesenheit von Hanna Läng haben wir Benedikt Egloff in das Ratsbüro als Ersatzstimmzähler aufgenommen. Ich nehme an, dass Sie das unbürokratisch genehmigen.

0 Mitteilungen

0.1 Neueingänge

a) Postulat Hiller Yvonne, GLP, vom 14. März 2019 betreffend Rahmenbedingungen Kinderbetreuung (2019-0573)

Antrag

Der Gemeinderat wird eingeladen, im Zuge der Umsetzung des neuen KiBeG¹ und bis Schulstart 2020/2021 folgende Rahmenbedingungen für die Tagesstruktur zu prüfen und einzuführen:

- 1. Einführung einer Bedarfsplanung, ergänzend zur und oder abgeleitet aus der Schulraumplanung.**
- 2. Einführung einer Messgrösse zur Definition der Nachfrage.**

Begründung

Der Gemeinderat meldet, genügend Angebote zur Verfügung gestellt zu haben. Aus der Bevölkerung haben wir viele gegensätzliche Meinungen erhalten. Die Eltern sind verunsichert und gestresst und die Anmeldemöglichkeiten auf Reserve werden auf's Maximum ausgereizt. Dies ist kein "die Vereinbarkeit erleichternder" Zustand, wie es das neue Gesetz verlangt und wie es zu einer familienfreundlichen Gemeinde passt. Den Anbietern erschwert ein solches Verhalten zudem die Arbeit, was unnötig Aufwand und Kosten generiert. Auf Ebene der Gemeinde gibt es keine Planung anhand der Anzahl vorhandener Kinder und keine Definition der Nachfrage.

1. Es braucht eine Bedarfsplanung. Änderungen kosten viel oder werden aktuell nicht gemacht. Es hat nicht überall genug Mittagstischplätze, ja, das weiss der Gemeinderat. 4-Jährige werden aufgefordert, an anderen Betreuungsstätten essen zu gehen. Das Gesetz sagt uns neu: Die Gemeinde ist verantwortlich. Dazu braucht es eine langfristige Planung resp. eine Bedarfserhebung. Wie viele Kinder in welchem Alter sind in welchem Schulkreis und werden wann in welcher Schul-/Betreuungsstufe erwartet? Dank der Schulraumplanung oder aufgrund der vorhandenen Bevölkerungszahlen kann dies ohne grossen Aufwand abgeleitet werden.

2. Wettingen führt zur Nachfrageseite an "wir konnten mit sehr wenigen Ausnahmen alle Plätze anbieten, die angefragt wurden". Wie viele sich aber aus Angst, in diesem seit Jahren in Verruf gekommenen System keinen Platz zu erhalten, und wegen zu kurzfristigen Zu-/Absagen nicht anderweitig orientieren zu können, schon lange anderweitig – und qualitativ unsicher – organisiert haben, wird nicht berücksichtigt. Ziel ist die Sicherstellung der Balance zwischen Nachfrage und Angebot durch Bedarfsplanung und Einführung von passenden Kennzahlen. Es sollten Kennzahlen seitens Angebots und Nachfrage verfügbar sein und sich gegenübergestellt werden können.

Die Gemeinde könnte die Bevölkerung ausserdem durch eine Vision oder ein Leitbild erkennen lassen, dass ihr eine passende Betreuung und pädagogische Angebote wichtig sind, weil die psychische Zukunft der Kinder davon abhängt und es auch im Interesse der Gemeinde ist, keine speziell zu Betreuenden / Sozialfälle zu produzieren.

Verschiedenste Studien belegen, dass die Gemeinde unter dem Strich nur profitiert von grosszügigen Betreuungsangeboten. Prävention statt Reaktion ist in diesem Bereich erwiesenermassen kostengünstiger.

b) Interpellation Fraktion SVP vom 14. März 2019 betreffend Stellenerhöhung in der Personalabteilung (2019-0569)

Ausgangslage

Der Gemeinderat inseriert auf der Homepage der Gemeinde Wettingen eine neue Stelle 50 % Personalfachfrau/Fachmann als Ergänzung zur HR Leitung. Es handelt sich hier offenbar um eine neue Stelle, welche per 1. April 2019 vorerst befristet bis 31. Dezember 2019 besetzt werden soll. Es wird den potentiellen Kandidaten angekündigt, dass die Anstellung mit Option im 2020 weitergeführt werden kann.

Die 50 %-Stelle ist im Budget 2019 weder im Stellenplan noch in einer Kostenstelle vorgesehen. Demzufolge hat der Einwohnerrat keine solche Stelle bewilligt. Gemäss Art. 19 Gemeindeordnung ist der Einwohnerrat für die Beschlussfassung über den Stellenplan der Gemeindeverwaltung zuständig.

Ein Antrag für eine Stellenerhöhung oder eine Schaffung einer neuen Stelle wurde dem Einwohnerrat bis dato nicht vorgelegt. Aus diesem Grund stellen sich für die Fraktion SVP einige Fragen:

Fragen

Frage 1: Was ist der Grund, dass eine neue Stelle Personalfachfrau/Fachmann 50 % eingeführt werden soll?

Frage 2: Die Personalabteilung ist in der Regel eine Dienstleistungsstelle. Welche zusätzlichen Dienstleistungen werden durch die Schaffung dieser Stelle erbracht?

Frage 3: Mit welchen Kosten kalkuliert der Gemeinderat für die genannte Stelle insgesamt (Lohnkosten, Sozialleistungen, Infrastrukturkosten wie Stehpult, EDV-Gerät, Lizenzkosten)?

Frage 4: Über welchen Budgetposten bzw. welche Kostenstelle wird diese Stelle finanziert?

Frage 5: Weshalb wurde die Stelle nicht mit dem Budget 2019 beantragt?

Frage 6: Weshalb wurde kein Antrag, wie beim damaligen Antrag zur Sanierung der Sozialen Dienste; Teilprojekt Personal; Erhöhung Stellenprozente (2017-0693) gestellt?

Frage 7: Weshalb wird kein Nachtragskredit beantragt?

Frage 8: Wurden die Kommissionen wie Finanzkommission, Geschäftsprüfungskommission und/oder Personalkommission über die Stellenschaffung per dato informiert? Wenn nein, wieso nicht?

Frage 9: Die Anstellung kann mit Option weitergeführt werden. Was beinhaltet die Option, welche Bedingungen müssen erfüllt werden?

Frage 10: Die Leiterin Personal erhält neu Führungsverantwortung und somit mehr Verantwortung. Hat diese Tatsache Konsequenzen auf deren Lohnkosten?

c) Interpellation Palit Orun und Ernst Manuela, beide GLP, vom 14. März 2019 betreffend Zusatzkredit und Informationspolitik bezüglich Tägi-Sanierung (2019-0570)

Allgemein:

Aus der Presse erfuhr die Bevölkerung von Wettingen, dass die Sanierung des Tägi einige Millionen teurer zu stehen kommen wird (Stand 10. Januar 2019, Aargauer Zeitung). Auch war dem Artikel zu entnehmen, dass ein Zusatzkredit notwendig ist, dieser vom Gemeinderat in eigener Kompetenz beschlossen und daraufhin die Finanzkommission über den Zusatzkredit informiert wurde. Jedoch wurde die Finanzkommission nie über den nötigen Zusatzkredit in Kenntnis gesetzt.

Im Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 24. Januar 2019 ist festgehalten:
Kuster Roland, Gemeindeammann: Der Verwaltungsrat der Tägi AG hat den Gemeinderat davon in Kenntnis gesetzt, dass er im März oder allenfalls April 2019 mit dem Thema Zusatzkredit auf den Gemeinderat zukommt.

Das wirft Fragen auf. Was gilt jetzt?

Fragen:

1. Wann (Datum) hat man den Zusatzkredit beschlossen?
2. Hat man den Zusatzkredit einfach so pro forma aufgrund der Prognosen beschlossen, aber ohne konkrete Angaben über die Höhe des Kredites zu machen? Ist das so? Wie hoch schätzt der Gemeinderat die Höhe des Zusatzkredits?
3. Muss der Gemeinderat nicht nach Finanzdekret Art. 16 die zusätzlichen Kosten begründen und den Zusatzkredit im Gemeinderat bewilligen, bevor er irgendwelche Verpflichtungen eingetht? Muss der Zusatzkredit demnach nicht eine konkrete Zahl aufweisen?
4. Wieso wird der Zusatzkredit nicht beim Einwohnerrat eingeholt, sondern in eigener Kompetenz beschlossen? Mit welchen nachteiligen Folgen für das Projekt hätte man rechnen müssen, wäre der Zusatzkredit erst vom Einwohnerrat beurteilt worden und wären diese nicht vertretbar gewesen? Unter welchen Umständen hätte der Gemeinderat einen Zusatzkredit beim Einwohnerrat eingeholt? Ist das nicht der Normalfall, sonst wäre dieser Passus im Gemeindegesetz des Kantons ja völlig überflüssig?

5. Dem Kreditbegehren (2015-0181) sind unter Punkt 2.2 Projektumfang folgende Sätze zu entnehmen:
Altlasten (Asbest; PCB) werden im Prozess der Demontage beseitigt oder saniert.
Und weiter:
Im Bereich des Hallenbads werden die Oberflächen überholt sowie die Abdichtungen der Becken erneuert.

Nun wurden in der beantworteten Interpellation von Orun Palit (2018-16589) die anfallenden Mehrkosten unter anderem mit Altlastenbeseitigungen und Plättli-Sanie- rung (also Oberfläche) begründet. Welchen Betrag hat man im Kreditbegehren denn für die genannten Punkte eingerechnet und wie hoch fallen die effektiven Mehrkosten aus?

6. Sind in der Zwischenzeit weitere Mehrkosten zu erwarten?
7. Ist man mit der Zusammenarbeit mit dem Planungsteam trotz der Mehrkosten zufrieden? Wenn ja, wieso? Wenn nein, wieso nicht?
8. Im Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 24. Januar 2019 steht:
Chapuis Francois, Präsident Finanzkommission: Die Finanzkommission hat erst mit der Beantwortung der Interpellation (Palit Orun) zusätzliche Informationen erhalten – genau gleichzeitig wie alle Einwohnerrätinnen und Einwohnerräte.

Wann hätte der Gemeinderat die Finanzkommission über den Zusatzkredit informiert?

9. Der Einwohnerrat fasste in der Einwohnerratssitzung vom 1. September 2016 mit 34 Ja : 13 Nein, bei 1 Enthaltung, folgenden Beschluss: Die Finanzkommission ist regelmässig durch den Gemeinderat mittels eines Berichts/Kostencontrollings über die Kostenentwicklung der Sanierung des Sport-und Erholungszentrums Tägerhard schriftlich zu informieren.

Wieso wurde das nicht gemacht?

Im Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 24. Januar 2019 steht:
Chapuis François, Präsident Finanzkommission: Es ist der Finanzkommission ein Anliegen zu präzisieren, dass sie letztmals anlässlich ihrer Sitzung vom 14. Mai 2018 vom Gemeindeammann über den Stand des Projekts und über die nun auftretenden Probleme informiert wurde.

Wieso hat der Gemeinderat den Willen des Einwohnerrats bezüglich der Informationspolitik bei einem solch grossen Projekt nicht befolgt? Wie kann man in einem solchen Fall den Gemeinderat rügen?

10. Wie regelmässig wird der Gemeinderat künftig die Finanzkommission schriftlich informieren?
11. Wie sieht das Projektmanagement für die Sanierung des Tägi im Detail aus? Wie sieht das Kosten & Controlling - Management im Detail aus? Wie sind die Verantwortlichkeiten geregelt?

d) Interpellation Fraktion SVP vom 14. März 2019 betreffend Sanierung der Sozialen Dienste; "Teilprojekt Personal; Erhöhung Stellenprozente (2017-0693)" (2019-0571)

Ausgangslage

Der Gemeinderat beantragte anlässlich der Einwohnerratssitzung vom 7. September 2017 Stellenprozente für die Sozialen Dienste (Geschäft: 2017-0693). Damit verbunden wurden vom Gemeinderat einige Aussagen zu den erwartenden Einsparungen gemacht.

Auszug aus dem Kreditantrag 2017-0693:

4.2.3 Mögliche Einsparungen im Bereich KESD

Die Kosten der externen Mandate weisen von Januar bis Juni 2017 resp. für sechs Monate Fr. 132'550.20 aus. In einem Jahr belaufen sich die Kosten somit auf knapp Fr. 265'000.00. Werden die Aufwände für die Kosten der externen Mandate den Kosten für die notwendige Aufstockung der Personalressourcen gegenübergestellt, resultiert dabei ein Minderaufwand von rund Fr. 34'000.00.

4.2.4 Mögliche Einsparungen im SH-Bereich

Aktuell wird pro Klientin/Klient im Durchschnitt knapp Fr. 21'000.00 pro Jahr aufgewendet. Sollten die vorgeschlagenen Massnahmen umgesetzt und die zusätzlichen Personalressourcen bewilligt werden, kann davon ausgegangen werden, dass sich die Kosten pro Klient in den nächsten drei bis fünf Jahren zwischen 10 % und 15 % reduzieren lassen. Diese Annahme basiert auf einer Expertenschätzung der Firma socialdesign ag. Die Wirkung wäre eine Reduktion der Kosten pro KL1 von Fr. 1'500.00 bis Fr. 2'000.00 pro Jahr. Bei einer Fallzahl von ca. 400 ergibt dies einen Betrag von ca. Fr. 600'000.00 an Aufwandsminderung pro Jahr. Das würde bedeuten, dass die investierten Personalkosten in den nächsten drei bis fünf Jahren aufgefangen werden können.

Auszug aus dem Protokoll der ER-Sitzung vom 7. September 2017:

Antwort Gemeinderat / Seite 757: "Ich gehe auf die zwei von mir eruierten Fragen ein: Die eine stammt von Thomas Wolf und betrifft die Fr. 600'000.00 Einsparungen. Wenn man unsere Fallzahlen nimmt bzw. den Preis pro Fall, sind es rund Fr. 21'000.00 und das ist relativ hoch. Wenn man es schafft, diesen Betrag um 10 % bis 15 % zu senken, kann man diese Fr. 600'000.00 erreichen und das ist absolut im Bereich der Möglichkeiten. Hier geht es vor allem auch um die Ballführung und nicht die Fallverwaltung. Es geht darum, die Leute wieder in den ersten Arbeitsmarkt zurückführen zu können, damit sie uns weniger kosten. Es geht nicht um Personalkosten, die wir einsparen können, sondern um Ausgaben, die wir einsparen können. Es geht darum, bei laufenden Fällen Verwandtenunterstützung einzufordern, bei der Platzierung von Kindern und Jugendlichen Elternbeiträge zu beantragen und dazu braucht man Personal und Zeit.»

Fragen

Wir möchten vom Gemeinderat in Erfahrung bringen, wie sich die Erhöhung der Stellenprozente tatsächlich auswirkt.

Frage 1: Der Gemeinderat hat im SH-Bereich Einsparungen von Fr. 600'000.00 pro Jahr in Aussicht gestellt. Wie sehen die tatsächlichen Zahlen aus? Welche Reduktionen sind für das Budget 2020 und 2021 zu erwarten?

Frage 2: Der Gemeinderat hat im Bereich KESD Einsparungen von Fr. 34'000.00 pro Jahr in Aussicht gestellt. Wie sehen die tatsächlichen Zahlen aus? Welche Reduktionen sind für das Budget 2020 und 2021 zu erwarten?

Frage 3: Sofern die angekündigten Einsparungen nicht erzielt wurden, was sind die Gründe (Bereich SH und KESD)? Welche Massnahmen plant der Gemeinderat, um seine damaligen Ankündigungen (Einsparungen) zu erreichen?

Frage 4: Wie sind die aktuellen Fallzahlen im SH-Bereich im Vergleich zu den Jahren 2018 und 2017?

Frage 5: Wie sind die Fluktuationskennzahlen bzw. die Statistik für die Sozialen Dienste in den Jahren 2016, 2017, 2018 und 2019?

Frage 6: Wie sind die Fluktuationskennzahlen bzw. die Statistik für das erste Anstellungsjahr, für die Sozialen Dienste in den Jahren 2016, 2017, 2018 und 2019?

Frage 7: Was sind die drei Hauptgründe, welche eine Kündigung in der Abteilung Soziale Dienste auslösen?

e) Interpellation Fraktion FDP vom 14. März 2019 betreffend volkswirtschaftlicher Nutzen der Investitionen in die Tagesstrukturen (2019-0572)

Die Fraktion FDP freut es ausserordentlich, dass die Tagesstrukturen so rege genutzt werden. Ist es doch ein Thema, für das sich die FDP seit mehreren Jahren einsetzt, da die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein zentrales Element unserer Politik ist.

Fragen

1. Die Tagesstrukturen wachsen, was sich auch in den steigenden Kosten widerspiegelt. Wie sieht der Gemeinderat die Investitionsentwicklung (Nutzen/Kosten) der Tagesstrukturen für die nächsten fünf Jahre?
2. Welcher volkswirtschaftliche Nutzen erwartet die Gemeinde von jedem investierten Franken in die Tagesstrukturen?
3. Inwieweit unterscheiden sich die Zahlungen in Bezug auf die Tagesstrukturen von der BASS Studie, welche im Jahr 2015 für den Krippenpool publiziert wurde?

0.2 Rechtskraft

Die Beschlüsse der Sitzung vom 24. Januar 2019, welche dem fakultativen Referendum unterstellt waren, sind inzwischen in Rechtskraft erwachsen.

0.3 Traktandenliste

Es werden keine Änderungen zur Traktandenliste gewünscht.

1 Protokolle der Sitzungen vom 13. Dezember 2018 und 24. Januar 2019

Die Protokolle der Sitzungen vom 13. Dezember 2018 und 24. Januar 2019 werden genehmigt und der Protokollführerin Barbara Wiedmer und ihrem Team verdankt.

2 **Kreditbegehren von Fr. 10'930'000.00 (inkl. MwSt.) für die Sanierung Untere Landstrasse, Teilstück Kreisel Staffelstrasse bis Stadtgrenze Baden (2018-0426)**

Scherer Kleiner Leo, Finanzkommission: 10,93 Mio. Franken sind viel Geld. Soviel soll die Sanierung des unteren Teils der Landstrasse ohne die Arbeiten des Elektrizitäts- und Wasserwerks Wettingen und die UPC kosten. Die Finanzkommission empfiehlt, dem Kreditbegehren mit 7 Ja- zu 0 Nein-Stimmen, bei 7 Anwesenden, zuzustimmen.

10,93 Mio. Franken werden nicht vollständig aus unserer Gemeindegasse fliessen. Das möchte ich als erster Punkt erwähnen. Unsere Landstrasse ist eine Kantonsstrasse. Die Hoheit über diese Strasse hat der Kanton. Dementsprechend ist der Kanton der Projektträger und er definiert, was alles saniert wird. Selbstverständlich arbeitet der Kanton mit der Gemeinde zusammen, denn die Gemeinde kann bei Schnittstellengebieten der Kantonsstrasse zu Gemeindegassen mitwirken und ihre Anliegen einbringen. Das ist auch bei diesem Projekt der Fall. Es resultiert ein Projekt, welches von der Finanzkommission grossmehrheitlich als detailliertes und sorgfältig ausgearbeitetes Projekt betrachtet wird.

Was erhalten wir für 10,93 Mio. Franken und wer muss was bezahlen? Wir erhalten eine komplett sanierte Strasse, welche etwas verbreitert wird. Eine Kernfahrbahn mit beidseitig geführten Radstreifen wird umgesetzt. Die Kanalisation wird in diesem Bereich komplett erneuert. Wir wissen, dass diese alt und zu schwach dimensioniert ist. Sie wird grösser dimensioniert, in der Hoffnung, dass sie reibungslos funktionieren wird, was aber nicht zu 100 % garantiert werden kann, denn einzelne Hausanschlüsse werden tiefer als oberkant des neuen Rohrs eingeleitet. Wenn es stark regnet und das Rohr voll ist, läuft das Wasser in die betroffenen Keller. Das ist aber ein Problem dieser wenigen Liegenschaftseigentümer, welches mit einer entsprechenden Technik und/oder Pumpe verhindert werden könnte. Einzelnes mit Slum-Charakter wird umgestaltet, was eine deutliche Verbesserung bedeuten wird.

Es ist vorgesehen, an der Antoniusstrasse einen neuen, kleinen Platz zu erstellen. Dafür werden vier öffentliche Parkplätze weichen, welche aber an der Landstrasse ersatzweise wieder eingeplant sind. In der Bilanz der öffentlichen Parkplätze wird sich nichts ändern. Beim Rabenkreisel wird ein kleiner Platz aufgewertet und an verschiedenen Stellen sind Möblierungen (Veloabstellgelegenheiten und allenfalls Sitzbänke) geplant. Für mehr Grün wird in diesem Strassenabschnitt gesorgt. Zu diesem Zweck sollen 21 Hochstamm-bäume teils auf öffentlichem, teils auf privatem Grund gepflanzt werden. Mit den privaten Grundstückbesitzern werden vertragliche Lösungen gesucht. Der Unfallschwerpunkt Rabenkreisel wird durch die Aufweitung des Innenradius entschärft. Für den gesamten Bereich Gestaltung sind Fr. 200'000.00 vorgesehen. Dieser Betrag gliedert sich wie folgt auf: Fr. 75'000.00 für die Hochstamm-bäumchen, Fr. 25'000.00 für die Platzgestaltungen und Fr. 55'000.00 für die Möblierungselemente. Wenn der Betrag für die Gestaltung mit dem Betrag für den Strassenbau von 6,9 Mio. Franken verglichen wird, resultiert eine vertretbare Relation.

Warum können wir uns nicht mehr zum Projekt äussern? Es ist ein Kantonsstrassenprojekt und der Kanton ist der Hauptprojektierende.

Die Fraktion SVP überlegt sich, einen Rückweisungsantrag zu stellen. Was würde eine Rückweisung bedeuten? Das würde bedeuten, dass der Gemeindeanteil an dieses Kantonsstrassenprojekt finanzrechtlich nicht gesichert ist und dass der Kanton eventuell von diesem Projekt gänzlich absieht und die Landstrasse in diesem Zustand bleiben würde. Alternativ könnte der Kanton auch auf seinem Interessensstandpunkt einer funktionierenden Kantonsstrasse beharren und der Gemeindeanteil würde sich in eine gebundene Ausgabe umwandeln.

Einen politischen Spielraum haben wir nur in der Gestaltung, welche nicht unmittelbar direkt mit der Kantonsstrasse und deren Funktion zu tun hat.

Die Finanzkommission empfiehlt das Projekt als Gesamtpaket einstimmig zur Annahme.

Gähler Judith: Die Fraktion FDP ist sich einig, dass die Untere Landstrasse stark sanierungsbedürftig ist. Der Gemeinderat hat uns mit dem Mitwirkungsverfahren der Bevölkerung zur Landstrasse alle einbezogen. Mittels einer Vernehmlassung haben der Gemeinderat und die Fraktionen zu den geplanten Gestaltungselementen und der Festlegung der Bushaltestelle Langenstein Stellung genommen, so auch die Fraktion FDP. Man könnte sagen, dass der Ablauf und das Aufgleisen der Vorlage durchdacht wurden. Warum kann ich denn jetzt hier an dieser Stelle nicht einfach aus voller Überzeugung im Namen der Fraktion FDP Ja sagen?

Zum einen, weil die massive Abweichung des Kreditbetrags zum im Finanzplan eingestellten Betrag Fragen aufwirft, vor allem auch deswegen, weil sich die Fraktion FDP in der Vernehmlassung im Jahr 2016 aus Kostengründen beispielsweise für den Bus-Stopp in der Fahrbahn ausgesprochen hat. Zum anderen scheint uns eine Kopfnick-Vorlage vorzuliegen, da wir nicht über die Höhe des Kredits diskutieren können, sondern diesen entweder ganz oder gar nicht annehmen müssen, weil es sich um eine Kantonsstrasse handelt.

10 Mio. Franken - oder für die Gemeinde Wettingen 8 Mio. Franken - ist ein stolzer Betrag. Diesem ohne Gestaltungsspielraum zuzustimmen, fällt uns nicht leicht. Nicht zuletzt setzen wir aber darauf, dass das investierte Geld dem lokalen Gewerbe von Nutzen sein wird.

Ernst Manuela: Die Fraktion GLP ist ziemlich erschrocken über den grossen Betrag, der zukünftig unser Budget belasten wird. Wir haben uns gefragt, wie dringlich die einzelnen Posten umgesetzt werden müssen und worauf allenfalls verzichtet werden könnte. Die Verbesserung des Kreisels ist unbestritten, denn es ist ja wirklich kaum zu glauben, wie rücksichtslos und ungebremst gewisse Automobilisten durch den Kreisel fahren. Auch dass endlich Fahrradwege realisiert werden, wird sehr begrüsst.

Ob die Kanalisation denn wirklich in einem solch desolaten Zustand sei und das Projekt nicht noch aufgeschoben werden könnte, bis man weiss, wie die Limmattal-Bahn geführt wird, haben wir Gemeinderätin Kirsten Ernst gefragt. An dieser Stelle ein Dankeschön für die rasche und kompetente Beantwortung der Fragen. Kisten Ernst versicherte mir, dass die Werkleitungen zwingend ersetzt werden müssen. Weiter, und da zitiere ich: "Die Weiterführung der Limmattalbahn von Killwangen bis Baden soll zeitlich parallel zur OASE-Festsetzung im Jahr 2020 im Richtplan auf Stufe Zwischenergebnis eingetragen werden." So rücken diese Gegebenheiten in weite Ferne.

Weiter wollten wir wissen, ob von den in der Aargauer Zeitung erwähnten 50 Mio. Franken, die der Kanton für die Verbesserung von Radwegen in Aussicht gestellt hat, nichts für Wettingen vorgesehen sei. Das Geld sei für das Projekt OASE vorgesehen und betreffe somit nicht die Landstrasse. Somit sind bis anhin noch keine Einsparungen oder Aufschiebungen möglich.

Dass man für die Kanalisation und für die Umsetzung des Masterplans Landstrasse nicht zwei einzelne Kreditbegehren gestellt hat, können wir nachvollziehen, da es Sinn macht, das Projekt als Ganzes umzusetzen. Aber wir haben uns gefragt, ob es die Verschönerung mit Hochstammbäumen und diesen Sitzplätzen zwingend braucht. Als grüne Partei freuen wir uns natürlich über mehr Grün und es ist uns auch bewusst, dass das nicht der

grösste Budgetposten ist. Aber hier dienen die Hochstammbäume doch nur zum Verdecken der, nennen wir es mal in die Jahre gekommenen Fassaden. Es ist offensichtlich, dass in dieser Gegend das eine oder andere Rendite-Objekt steht, dessen Eigentümer am Profit, nicht aber am Erscheinungsbild interessiert sind. Es ist somit fraglich, ob das investierte Geld der Verschönerung der Gegend gerecht wird. Oder erhofft man sich durch die Verschönerung, dass der Abschnitt zur Flaniermeile wird? Für die leerstehenden Ladenflächen wäre es wünschenswert. Wir sehen die Bänkli als unpassend, denn es ist wirklich nicht nötig, dem Durchgangsverkehr eine Bühne zu bieten.

Wir sind hin- und hergerissen. Einerseits sehen wir die Dringlichkeit einiger Massnahmen. Andererseits fragen wir uns, wo man abspecken könnte. Auch wünschen wir uns, dass man das Projekt Limmattalbahn nicht ausser acht lässt und in zehn Jahren alles wieder anpassen muss, um Schienen zu verlegen.

Die Diskussion in der Fraktion hat zu keinem einheitlichen Ergebnis geführt, weshalb bei uns Stimmfreigabe gilt.

Benz Thomas: Die Fraktion CVP unterstützt den Antrag für die Sanierung der Landstrasse. Es geht um viel mehr als um ein Bänkli oder einen Baum. In erster Linie müssen die unspektakulären sichtbaren und vor allem unsichtbaren Bestandteile dieses Strassenabschnitts saniert werden. Für diese Bestandteile werden 98 % des Kreditbetrags bereits ausgegeben und die restlichen 2 % müssen unseres Erachtens schön verbaut werden. Wir alle in diesem Raum haben das Interesse, dass sich die Landstrasse in den kommenden Jahrzehnten positiv entwickeln kann. Durch die Umsetzung dieses Masterplans Landstrasse leistet die Gemeinde einen wichtigen ersten Schritt zur Entwicklung. Die Eigentümer ziehen hoffentlich im Laufe der Zeit mit. Die Bänkli und Hochstammbäume verursachen nicht nur im Bau Kosten, sondern auch im Unterhalt. Dessen sind wir uns bewusst. Es ist unser Anliegen, dass versucht wird, eine deutlich verbesserte Atmosphäre zu schaffen. Das genannte Kopfnicken beeinträchtigt den positiven Gesamteindruck. Wir haben uns während der Vernehmlassung klar für Busbuchten geäussert, welche im Projekt nicht überall berücksichtigt wurde. Das Projekt wird von uns grossmehrheitlich unterstützt.

Baumann Jürg: Das Projekt Landstrasse ist in der Fraktion SVP unbestritten, denn es gilt zu verhindern, dass weitere Schäden an den Liegenschaften südlich der Strasse durch Rückstau in der Kanalisation entstehen.

Die Fraktion SVP hat seinerzeit dem Masterplan Landstrasse zugestimmt und ging davon aus, dass die Umsetzung des Masterplans und die Sanierung der Werkleitungen in je einer separaten Vorlage im Rat behandelt werden. Nun wurde alles in eine Vorlage gepackt und für die Bürgerinnen und Bürger ist nicht ersichtlich, was die Umgestaltung der Landstrasse kostet. Trotz Nachfrage bei der zuständigen Gemeinderätin Kirsten Ernst konnten die Kosten für die Umgestaltung und Verschönerung des Landstrassenteils nur mit einem Zirkabtrag von Fr. 230'000 angegeben werden. Wenn man aber die Kreditvorlage genauer betrachtet, beinhalten diese Kosten nur die Positionen Garten- und Landschaftsbau sowie Planung und Kreiselschmuck. Die Erdarbeiten, Foundationen für all die Bäume und Verweilplätze sind allem Anschein nach gratis.

Wir von der Fraktion SVP gehen davon aus, dass der genannte Betrag von Fr. 230'000 bei weitem nicht für die Verschönerung der Landstrasse reicht und der Bürgerin und dem Bürger vorgegaukelt wird, die Kosten für "schön" würden nur 2 % der gesamten Kreditsumme betragen. In der Vorlage werden die zu erwartenden Unterhaltskosten auch nicht ausgewiesen, was für die nächsten Budgets relevant wäre.

Oberholzer Christian: Mit diesem Projekt wird nach 2005 nun auch der untere Teil der Landstrasse bis zur Stadtgrenze von Baden saniert. Die Landstrasse als wichtigste Verkehrsachse wird damit massiv aufgewertet und die diversen baulichen Massnahmen werden den diversen Nutzungen gerecht. Auf der Grundlage der Masterplanung Landstrasse aus dem Jahre 2014, der detaillierten Erarbeitung des Betriebs- und Gestaltungskonzepts und der Vernehmlassung zu den geplanten Gestaltungsmassnahmen wurde dieses Bauprojekt erarbeitet. Dieser Prozess ist aus Sicht der Fraktion SP/WettiGrünen positiv zu bewerten. Neben der Sanierung der Fahrbahn, der Anpassung der Kreiselanlage und der Sanierung der Werkleitungen wurde auch der Gestaltung der Strassen- und Freiräume die notwendige Beachtung geschenkt. Mit der punktuellen Pflanzung von Bäumen, der Gestaltung der beiden Aufenthaltsflächen mit dem Anbringen von Sitzgelegenheiten und dem Trinkbrunnen, den beidseits markierten Radstreifen und dem behindertengerechten Ausbau der Bushaltestellen wurden die Bedürfnisse aller Nutzer berücksichtigt und die bereits im Zentrumsabschnitt angefangene Gestaltung der Landstrasse im unteren Abschnitt nahtlos weitergeführt. Damit verwandelt sich die Landstrasse von einer reinen Durchfahrtsroute zur Visitenkarte von Wettingen, an der sich die Bevölkerung, Besucherinnen und Besucher, das Gewerbe und auch der Kanton erfreuen können. Die rege Beteiligung am Mitwirkungsverfahren zeigt auch, dass dies für die Wettingerinnen und Wettinger ein wichtiges Anliegen ist.

Für die Fraktion SP/WettiGrünen liegt hier ein ausgewogenes Projekt vor und deshalb empfehlen wir den vorliegenden Kredit zur Annahme und bedanken uns beim Gemeinderat und der Verwaltung für die geleistete Arbeit. Wir freuen uns auf eine gelungene Umsetzung und interessante Begegnungen an der attraktiven Flaniermeile von Wettingen.

Reinert Marie Louise: Die Fraktion EVP/Forum 5430 hat den Bericht zu diesem Kreditbegehren mit sehr viel Genuss gelesen und schätzt ihn sehr. Es handelt sich um eine Präzisionsarbeit, die sehr viel Details und Sorgfalt beinhaltet. Den Verkehr und die Aufenthaltsqualität zu kombinieren, ist die Quadratur des Kreises.

In diesem maroden und sanierungsbedürftigen Abschnitt der Landstrasse sind immer noch Unternehmen und Einkaufsläden niedergelassen. Warum verschönern? Ein Goldschmied, ein Chocolatier, eine Buchhandlung, eine Druckerei, ein Restaurant, eine Bar, eine Boutique mit Festkleidern und eine Apotheke säumen diesen Abschnitt. Es ist verdienstvoll, dass die Unternehmer ihre Geschäfte noch betreiben.

Ich will einen zweiten Punkt nennen, der den Begriff Verschönerung aufweiten kann. Das Bundesamt für Umwelt (BAFU) empfiehlt, gegen die Hitzebildung in Städten und den Hitzeinseleffekt einerseits eine Klimaanalyse (wird in Basel, Zürich und Solothurn durchgeführt, kostet Fr. 25'000.00) oder eine Klimastrategie (Kanton Genf) zu machen oder andererseits direkt mit Klimamassnahmen einzusteigen. Massnahmen, die das BAFU nennt, sind:

- Bäume im Strassenraum erhalten und neu pflanzen
- Grünflächen und Sträucher in Strassenräumen erhalten und anlegen
- Freiräume und Wege mit Bäumen beschatten, Verkehrsinfrastruktur begrünen und mit Bäumen beschatten
- Dächer begrünen (Lausanne subventioniert das), Fassaden begrünen, Gebäude mit Bäumen beschatten

Bäume werden immer genannt. 86 % der Wiener Bevölkerung halten Bäume für geeignete Massnahmen, die Hitzebelastung in dicht besiedelten Gebieten zu reduzieren.

Das sind meine Ausführungen zur sogenannten Verschönerung. Das ist sehr wichtig. In diesem zu sanierenden Abschnitt sind 59 Verkehrsschilder und 21 Bäume im Plan eingezeichnet. Die Frage des Nichtfachmanns: Sind diese 59 Verkehrsschilder wirklich unbedingt nötig? Ich wäre froh, wenn die Fachleute auch diesem Detail Umsicht angedeihen lassen würden.

Ernst Kirsten, Gemeinderätin: Vielen Dank für Ihre mehrheitlich positiven Voten. Ebenfalls danke ich Leo Scherer für die umfangreiche Prüfung und Zusammenfassung der wichtigsten Punkte aus dem vorliegenden Kreditantrag.

Die Dringlichkeit der Sanierung der öffentlichen Kanalisation, der Verkehrsflächen, der Wasser- und Werkleitungen ist offensichtlich, dringend nötig und wie ich anhand Ihrer Voten gehört habe auch mehrheitlich unbestritten.

Ich möchte noch auf einige Punkte eingehen. Sanierungsprojekte, die als Kreditanträge zur Abstimmung gelangen, werden dem Einwohnerrat immer im Sinne der Einheit der Materie in einem Kreditantrag vorgelegt. Das haben wir in Wettingen all die letzten Jahre schon immer so gemacht und es wird momentan nichts an dieser Praxis geändert. So wird im vorliegenden Kreditbegehren auch nur ein Betrag behandelt.

Die Einstellung der Kosten in den Finanzplan wird mit einer groben Kostenschätzung teilweise Jahre im Voraus eingetragen. Haben wir neuere Kenntnisse, dann korrigieren wir die Beträge. Das bedeutet, die grobe Kostenschätzung liegt heute bei +/- 25 % Genauigkeit. Sollten wir eine bessere Genauigkeit erfüllen müssen, dann bräuchte es viel mehr Aufwand und wir wären auf dieser Stufe schon beinahe auf dem Niveau eines Kostenvoranschlags. Das wäre nicht gratis zu haben.

Im Moment liegen uns keine konkreten Bauprojekte vor. Bauprojekte werden von Seiten der Grundeigentümer initiiert. Wir wissen im Moment, dass von privater Seite städtebauliche Studien erstellt wurden, aber konkrete Baugesuche liegen uns nicht vor. Sollte dies bis zur Sanierung der unteren Landstrasse konkreter werden, werden wir sicher die neue Situation mitberücksichtigen.

Ich möchte es nicht unterlassen, noch einmal auf die Bäume und Sitzplätze zu sprechen zu kommen, die ja im Fraktionsbericht der SVP und von den Printmedien direkt aufgenommen und als unnützlich dargestellt wurden. Die Landstrasse ist nicht nur eine kantonale Hauptverkehrsachse mit täglich über 12'000 Fahrzeug-Durchfahrten und eine Schwertransportroute, sondern sie wird auch als Lebensraum, Treffpunkt sowie als Einkaufs- und Arbeitsort zugleich genutzt. Sie ist unsere grösste Eintrittspforte, wer uns besucht erhält hier den ersten Eindruck. Somit ist sie, wie bereits schon vorher gehört, auch die Wettinger Visitenkarte und sollte eine positive Ausstrahlung hinterlassen.

Die anstehende Sanierung verschafft uns nun die Möglichkeit, die Landstrasse nicht nur zu sanieren, sondern auch aufzuwerten. Davon profitieren alle und sicher auch das Gewerbe. Wollen wir eine Strasse, die nur aus Asphalt und Häuserreihen besteht? Wollen wir eine Strasse ohne schattenspendende Bäume, sodass sich die Gehwege im Sommer so extrem aufheizen können, dass sich kaum jemand mehr zu Fuss auf den Weg an die Landstrasse macht? Ich kann mir das nicht vorstellen. In der vorliegenden Kreditvorlage wurde der Freiraum sehr zurückhaltend projektiert. Gerne möchte ich noch einmal in Erinnerung rufen, was in diversen öffentlichen Mitwirkungsverfahren mit der Wettinger Bevölkerung, dem Gewerbe wie auch den Parteien in einem mehrjährigen Planungsprozess zustande gekommen ist. Ich zitiere kurz aus Zone Landstrasse "Gemeinsam entwickeln und bauen", welche Sie alle kennen: "Die Landstrasse soll wieder lebendiger, eine pulsierende, durchaus städtische Lebensader des grossen Dorfs Wettingen werden." Vielfalt und hohe Aufenthaltsqualität beinhalten auch grüne Freiräume, wie zum Beispiel Bäume und Sitzplätze.

Das Bauprojekt setzt nun konsequenterweise die Vorgaben des Betriebs- und Gestaltungskonzepts BGK wie auch die zahlreichen Eingänge aus den diversen Mitwirkungsverfahren zur Teilrevision der Nutzungsplanung Landstrasse um. Es ist somit keine Vermengung oder Mogelpackung von Sanierung und Masterplan Landstrasse. Es liegt jetzt eine Gesamtschau vor und es handelt sich lediglich um die Erfüllung der gemeinsam entwickelten Vorgaben aus allen Konzepten. Es macht absolut keinen Sinn, dies getrennt zu behandeln.

Gerne möchte ich jetzt noch kurz auf die Fahrbahnhaltestellen zu sprechen kommen. Die höchste Priorität des Kantons ist der Fluss des Verkehrs auf den Kantonsstrassen. Somit wurden alle Projektinhalte mit dem Kanton abgeglichen. Er begrüsst unsere Lösungen, auch betreffend die Bushaltestellen. Zudem haben wir mit dieser Busbuchtlösung das Eigentum der Anstösser gewahrt. Es gibt keine Eigentumsbeschränkungen, dies wurde auch so in der BNO festgelegt.

Ich bitte Sie, dieser Vorlage aus all den vorgebrachten Gründen zuzustimmen.

Fischer-Lamprecht Lutz: Die Angelegenheit mit den Parkbänkli empfinde ich als sehr wichtig. Darüber kann man im Bericht der Fraktion SVP lesen und heute Abend haben wir seitens der Fraktion GLP davon gehört. Das Wort Parkierungsbänkli wäre vielleicht das bessere Wort und ich richte mich damit an die Fraktion SVP. Es gibt alte Menschen, die mit Einkaufstaschen unterwegs sind und sehr froh sind, wenn sie irgendwo kurz absetzen und durchatmen können. Ich finde es nicht richtig, nur von einer Verschönerung, von Lärm und "Abgase geniessen" zu schreiben. Wir sollten unsere alte Bevölkerung nicht vergessen.

Fricke Martin: Mein Vater wird 91 Jahre, meine Mutter ist 83 Jahre alt. Ich weiss, was es heisst, wenn ältere Menschen froh sind, ein Parkbänkli nutzen zu können. Aber das ist nur eine literarisch, poetische Umschreibung von unnötigen, geplanten Dingen. Es freut mich, dass alle mein Bänkli aufgenommen haben.

Abstimmung

Beschluss des Einwohnerrats

Der Einwohnerrat fasst folgenden Beschluss:

Das Kreditbegehren von Fr. 10'930'000.00 (inkl. MwSt.) für die Sanierung Untere Landstrasse, Teilstück Kreisel Staffelstrasse bis Stadtgrenze Baden, wird mit 36 Ja- : 2 Nein-Stimmen, bei 4 Enthaltungen, genehmigt.

3 Motion Widmer Franziska und Egloff Benedikt, Forum 5430, vom 21. Juni 2018 betreffend Grünstadlabel Schweiz; Rückzug (2018-1311)

Franziska Widmer: Ich bedanke mich beim Gemeinderat für die Stellungnahme zu unserer Motion und möchte mich dazu äussern: Beweggrund für die Motion war, die Gartenstadt, die sich Wettingen auf die Fahne geschrieben und im Leitbild verankert hat, zu stärken und für die Bevölkerung spür- wie auch erlebbarer werden zu lassen, so dass sie nicht zum Papiertiger verkommt, sondern wirklich Lebensqualität bringt. Wir wollen:

- dass die Gartenstadt nicht nur auf Privatgärten basiert.
- dass dem vorhandenen Grün Sorge getragen wird, dass es ausgebaut und qualitativ gepflegt wird. Die nachfolgenden Generationen, die übrigens morgen wieder für das Klima auf die Strasse gehen, werden uns jedes Grad verdanken, um das sich der urbane Raum weniger aufheizt in den Hitzesommern, die auf uns zukommen. Jeder

- kann selber überlegen, ob er oder sie lieber bei 22 oder 27° C schläft. Das ist in etwa die gefühlte 5° C Temperaturdifferenz an einem heissen Sommerabend zwischen dem Zentrum und dem Gebiet Aesch-/Empertstrasse, in dem ich zu Hause bin.
- dass es nicht nur grün aussieht, sondern auch grün ist und ökologisch und naturnah gepflegt wird.
 - dass die Gemeinde respektive das Bauamt von den Leitlinien des Grünstadtlablel-Massnahmenkatalogs, der Vernetzung und dem Austausch profitieren kann und nicht alles selber erarbeiten muss, denn auch das kostet.
 - dass Wettingen sich mit anderen Gemeinden vergleicht und evaluiert, so eigene Defizite erkennt und eine Verbesserung anstreben kann.

Dass ein Label kostet und einen gewissen Aufwand mit sich bringt, ist uns auch klar. Wieviel – und ja, es ist wirklich viel - ist nun aus dem Bericht des Gemeinderats ersichtlich. Es ist sicher nicht unser Ziel, einen grossen bürokratischen Aufwand und einen Haufen Kosten zu generieren. Wir sind unzufrieden, wenn wir mitbekommen, dass die dringend anstehende Sanierung der Vögelimatte noch nicht passiert ist und das, obwohl der Gemeinde ausgezeichnetes Material für die Abdichtung der Tümpel gratis und franko angeboten wurde und damit eine Einsparmöglichkeit von einigen Tausend Franken hätte gemacht werden können. Es geht hier um zwei verpasste Chancen.

Dass Grünräume und sie betreffende Anliegen trotz dem Leuchtturm Gartenstadt einen schweren Stand in Wettingen haben, haben wir im Januar mit der Versenkung des Postulats von Lutz Fischer "Mehr Natur in Wettingen" live miterlebt. Wir hätten erwartet, dass der Gemeinderat die Wichtigkeit und ein Stück weit auch die Dringlichkeit unseres Anliegen erkennt und dieses darum zumindest als Postulat entgegennimmt. Wie ich mich habe belehren lassen, ist das beim vorliegenden Text aus formalen Gründen anscheinend nicht möglich. Aus diesem Grund ziehen wir die Motion an dieser Stelle zurück mit dem Hinweis, dass wir am Thema dran bleiben und versuchen werden, unsere Ziele in einer andere Form oder Formulierung zu erreichen. Es bleibt für uns "une affaire à suivre".

4 Motion Hiller Yvonne, GLP, vom 18. Oktober 2018 betreffend Anleitung zur Umsetzung des "bedarfsgerechten Angebots an familienergänzender Betreuung"; Rückzug (2018-1791)

Hiller Yvonne: Zuerst bedanke ich mich bei allen Befürwortern und der Gemeinde für die intensive, schnelle Bearbeitung und die ausführlichen Antworten.

Ich erwähne, dass wir das für die Menschen auf der Tribüne und das Wettinger Volk machen und nicht für uns hier im Saal. Das Thema wurde zum Selbstläufer. Es ist nicht so, dass ich das alles in diesem Umfang mit Petitio gemacht hätte, wenn nicht so viel Eigendynamik und helfende Hände dazugekommen wären.

Die Antworten sind sehr aufschlussreich und hinterlassen den Eindruck, dass die Situation durchaus übereinstimmend ist. Es wird vieles erklärt, aber die Situation ist für die Eltern und die IG familienfreundliches Wettingen noch nicht befriedigt. So liegt uns nun schwarz auf weiss vor, dass Wettingen keine Strategie für die Betreuung im Schulalter hat und dort auch immer wieder auf das Krippenalter verweist.

Das ist für uns nicht vergleichbar. Vor der Krippe hatte ich mehr als eine Schwangerschaft lang Zeit, das Kind anzumelden und nicht erst zwei Monate vor dem Krippenstart. Das in den Zusammenhang mit sechs Monate zu bringen, das Anmeldefenster aber in zwei Monate zu quetschen, geht nicht auf.

Was auch nicht aufgeht ist, dass Eltern für den Weg zum und vom Mittagstisch verantwortlich sind und dass Vierjährige durchaus in der Lage sein sollen, sich in einer 30er-Zone alleine zu bewegen.

Das Ziel der Motion wäre gewesen, die Definition von "bedarfsgerecht" zu reflektieren. Was heisst das Kinderbetreuungsgesetz für Wettingen insbesondere ab dem Kindergartenalter? Alle festgehaltenen Fakten zeigen uns klare Ansatzpunkte auf, bei denen man ansetzen kann. In der Motion haben wir versucht, möglichst viele Anhaltspunkte auf einen Schlag zu vereinen. Dadurch wurde sie sehr breit und greift viele Themen auf. Sie wurde zu gross und zu umfassend und dadurch für viele nicht mehr greifbar, was wir aus den Diskussionen gespürt haben. In diesem Zusammenhang ziehe ich den Hut vor allen Ratskolleginnen und -kollegen und den Medienschaffenden, die sich zur Spiegelung des Themas wahrscheinlich intensiv damit befassen mussten.

Alle aus der Motion resultierenden Diskussionen zeigen uns, dass das Thema auf der Ebene der Eltern nach wie vor akut ist. Ich ziehe die Motion zum Thema "bedarfsgerecht" formell und nicht inhaltlich zurück. Wir werden das im Sinn von "back to basics" punktuell anstelle von gesamthaft aufarbeiten. Die wichtigste Basis wäre beispielsweise, den Bedarf zu kennen. Es gibt in Wettingen aktuell keine systematische Bedarfserfassung. Alle, die nicht arbeiten gehen oder sich sonst organisieren, und davon gibt es viele, werden in den Betrachtungen der Gemeinde kategorisch aussen vorgelassen. Dazu überreiche ich im Anschluss ein Postulat.

Wir haben auch einen Eindruck vom gesamten Bedarfsnachweis in physischer Form mitgebracht. Wir müssen weitermachen und am selben Strick ziehen. Es geht nicht um ein Politikum, sondern um Kinder, um Gleichberechtigung und einen progressiven Lösungsfindungsprozess. Rund 300 Eltern haben sich für eine Verbesserung schriftlich eingesetzt, nicht nur auf Petitio, sondern innert kürzester Zeit auch auf Papier. Rund 200 ausgefüllte Fragebogen übergebe ich jetzt gerne dem Gemeinderat als Lektüre. Lasst uns progressiv sein.

5 Motion Hiller Yvonne, GLP, vom 18. Oktober 2018 betreffend Angebot und Anmeldeprozedere der Kinderbetreuung; Ablehnung und Überweisung als Postulat (2018-1792)

Hiller Yvonne: Ja, wir stimmen sehr gerne zu, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Wir begrüssen den Willen des Gemeinderats und dass der Lehrplan 21 vor der Türe steht, spielt uns in die Hände. Es mag jetzt ein effizienter Prozess sein, aber effizient bringt uns nichts, wenn er nicht effektiv ist. Wenn ihr noch so schnell zehn Äpfel schälen könnt, die Eltern aber fünf Birnen brauchen, bringt die höchste Effizienz nichts.

Es bleibt festzuhalten, dass die Eltern grösstenteils bereits Anfang Jahr wissen, an welchen Tagen sie den Mittagstisch brauchen, unabhängig des Stundenplans. Wir sind müde zu hören, dass es für die Gemeinde nicht anders lösbar ist, denn es geht für die Eltern auch nicht anders. Wir wünschen uns da grundsätzlich einen anderen Betrachtungswinkel. Genauso, wie Gemeinderat Sandro Sozzi kommunizierte, nämlich "im Dienste von Familie und Beruf". Das ist elementar und dort machen wir gemeinsam weiter.

Wassmer Christian: Ich bedaure sehr, diesen Antrag auf Ablehnung des Postulats zu stellen, denn für mich und die Fraktion CVP ist das Thema sehr wichtig.

Nach dem Durchlesen der zwei Motionen muss ich entgegennen, dass wir bereits heute ein tolles Angebot in Wettingen haben, was die Motionärin in ihren Vorstössen ausser acht lässt. Wenn ich den Text auf Petitio ansehe, so stelle ich fest, dass die Motionärin offensichtlich mit bewussten Falschaussagen auf Stimmenfang geht. Es wird grobfahrlässig ein tolles Angebot falsch dargestellt und dem Spott ausgesetzt. Wir finden das äusserst verwerflich. Es wundert mich nicht, dass auf diese Art und Weise 200 oder 300 Stimmen gefangen werden konnten. Ich würde das auch unterschreiben, wenn ich keine Ahnung vom bereits bestehenden Angebot in Wettingen hätte.

Wir haben schrittweise ausgebaut, angefangen bei der Einführung von Blockzeiten vor nicht allzu langer Zeit bis hin zum allumfassenden Vollausbau des Tagesstrukturangebots von Montag bis Freitag, von früh bis spät und auch in den Ferien. Rundum ist alles vorhanden. Ich kann mich gut erinnern, wie ich zusammen mit Dominik Zehnder während der Ferien Stundenpläne gewälzt habe, um zu beweisen, dass Blockzeiten möglich sind. Wir mussten uns früher bereits durchkämpfen, aber wir sind heute auf einem völlig neuen Niveau angelangt.

Wir unterstützen die Definition des Gemeinderats in Bezug auf den Bedarf. Sieben Kinder auf mehr als 1'600 Primarschüler und Kindergärtner macht aus unserer Sicht Sinn. Bei noch kleineren Mengen gibt es Alternativangebote wie z. B. Tagesfamilien. Vorbei sind gottlob die Zeiten der Einzelkinderbetreuung zur Zeit von Heiner Studer. In den letzten drei Jahren hat jedes Kind einen Platz erhalten und es gibt keine Warteliste. Die durchschnittliche Auslastung ist relativ tief, ausser beim Mittagstisch. Wer anstelle von Dienstag und Donnerstag den Montag oder Freitag als Betreuungstag wählt, hat eine sehr hohe Sicherheit auf einen Platz. Es braucht manchmal auch ein Quäntchen Flexibilität seitens der Eltern, um Angebot und Nachfrage ins Lot zu bringen.

Der nächste Schritt einer Tagesschule haben wir mittels Postulat der Fraktion CVP in die Prüfung geschickt. Qualitätsrichtlinien sind auf der Website der Gemeinde einsehbar und werden überwacht. Man kann sich allerdings fragen, ob wir in Teilpunkten nicht über das Ziel hinausgeschossen sind und ob eine Familienfrau, die mehrere Kinder erzogen und ernährt hat, wirklich nicht in der Lage ist, einen Mittagstisch zu betreuen. Ist hierzu wirklich ein Fachhochschulabschluss erforderlich?

Nun zu den Kosten: Leider ist es im Vorfeld des letzten Budgets nicht gelungen, Transparenz zu erhalten. Dies wurde nun mit der Antwort auf die Motion Hiller vorbildlich und transparent gemacht. Das Resultat ist allerdings mehr als ernüchternd und es ist unverständlich, wie die Kosten derart aus dem Ruder laufen konnten. Wir waren der Ansicht, dass der Gemeinderat die Tarifordnung (z. B. Abschöpfungsgrad), welche wir an ihn delegiert hatten, im Griff hat und hält. Ein Wachstum von 30 % im Jahr 2018 gegenüber dem Schnitt 2014-2017 ist inakzeptabel.

Für die schulergänzenden Tagesstrukturen wurden 2018 Fr. 622'000.00 ausgegeben, verglichen mit den Fr. 350'000.00 des bewilligten Kredits im Rahmen der Initiative. Als Sofortmassnahme fordern wir die Senkung des subventionierten steuerbaren Einkommens von Fr. 120'000.00 auf Fr. 100'000.00 per Schuljahr 2019/2020 für alle Tagesstruktursubventionsleistungen (nicht nur den Mittagstisch) ohne 'politische' Korrektur der Vollkosten. Heute werden steuerbare Spitzeneinkommen beim Mittagstisch noch immer mit Fr. 12.00 pro Tag subventioniert. Ausserdem erwarten wir vom Gemeinderat, dass er eine Lösung vorlegt, wie die Kosten in den Griff zu bekommen sind, sprich mit verbindlichen Zahlen budgetiert werden kann. Das Budget steht vor der Tür.

Ich möchte den Einwohnerrat über ein sehr konstruktives Gespräch zwischen besorgten Eltern, Marcel Aebi, Andrea Kleger, Shira Lüthi und mir, welches am 24. Januar 2019, vor der letzten Einwohnerratssitzung stattgefunden hat, informieren. Wir haben damals vier Problembereiche eruiert, die nicht gravierend, aber korrigierbar sind:

1. **Verlässlichkeit des Angebots erhöhen.** Gerade beim Eintritt in den Kindergarten bzw. dem Übertritt von der Krippe in die Tagesstrukturen besteht sehr grosse Unsicherheit bei den Eltern und sie können sich nicht rechtzeitig beim Arbeitgeber committen. Kindergartenkinder erhalten den finalen Stundenplan bereits im März und die Eltern erwarten zu diesem Zeitpunkt eine verbindliche Zusage für einen Betreuungstag, allenfalls mit noch nicht definitivem Standort, wenn der weitere Weg gesichert ist. Allenfalls könnte man auch Garantien für weniger ausgelastete Tage zu einem frühen Zeitpunkt geben. Wie bereits erwähnt, werden der Montag und Freitag schwächer nachgefragt und es ist kein Problem, für diese beiden Tage eine Garantie abzugeben.
2. **Tagesstern:** Die Homepage gibt zu wenig her. Wir haben festgestellt, dass sich offenbar viele Eltern ausschliesslich über das Internet informieren und nicht den direkten Kontakt zur Schule oder zum Tagesstern suchen. Zwischenzeitlich wurde bereits ein Update aufgeschaltet. Neu sind Fotos jedes Standorts vorhanden sowie die Betreuungspersonen namentlich erwähnt. Herzlichen Dank an Sandro Sozzi und Sämi Kern für die schnelle Reaktion. Weiter wird eine graphische Darstellung gewünscht, die aufzeigt, welche Kindergärten im Normalfall an welchen Standort angeschlossen sind inkl. Weg (allenfalls mit begleiteter Wegstrecke). Infos, wie wir sie zur Auslastung (Anzahl Plätze pro Standort, Auslastung, wann und wo ist erfahrungsgemäss die Auslastung schlecht, Altersgruppen, allfällige Ausbaupläne) mit der Vorlage erhalten haben, fehlen heute auf der Homepage. Offenbar gibt es auch zum Anmeldeprozedere offene Fragen. Es ist nicht erwähnt, ab wann Kinder angemeldet werden können. Im Moment ist das bis Ende April möglich. Das "first come-first serve"-Prinzip ist etwas versteckt im letzten Schritt des Anmeldeformulars erwähnt. Infos zur Qualitätssicherung sind auf der Homepage des Tagessterns nicht zu finden, auch auf der Kinderbetreuungsseite der Gemeinde Wettingen nicht. Nur wer gezielt nach dem Dokument sucht, kann es finden. Das ist mit geringstem Aufwand zu verbessern.
3. **Betreuung auf dem Weg vom Rosenau-Kindergarten zur Tagesstruktur in der Bezirksschule.** Das ist eine Angelegenheit, die sicher einfach zu lösen ist. Ich sehe dort jeden Mittag mindestens 15 Eltern stehen, die ihre Kinder abholen. Mit einer gegenseitigen Absprache ist diese Situation sicher regelbar.
4. **Elternbeirat:** Die Eltern fühlen sich nicht gut vertreten und würden gerne selbst helfen, z. B. in einem Elternbeirat, um die Anliegen direkt einzubringen. Eltern fühlen sich als Störfaktor und nicht als Partner. Mitsprache wäre erwünscht, analog der Schule.

Viele Punkte betreffen die Kommunikation, welche verbesserungswürdig ist.

Der Gemeinderat zeigt Bereitschaft zur Verbesserung des Anmeldeprozesses, was sehr geschätzt wird. Prozessverbesserungen sind eine Daueraufgabe und mit der neuen Resourcierung scheinen sich neue Möglichkeiten zu eröffnen.

Schmidmeister Lea: Ich bin erstaunt, dass dieses Postulat nicht überwiesen werden kann. Ich habe festgestellt, dass sich die Betrachtung der Fraktion CVP der vier Handlungsfelder, die auf der Postkarte der IG familienfreundliches Wettingen erwähnt sind, mit den Anliegen der Fraktion SP/WettiGrünen decken. Welches Problem liegt hier vor?

Hiller Yvonne: Ich möchte erwähnen, dass sich die Fraktion GLP auch immer für diese vier Handlungsfelder einsetzt. Jetzt wird darüber hergezogen, dass diese nicht ihre Richtigkeit haben. Genau diese Punkte wurden soeben von der Fraktion CVP aufgenommen und hervorgehoben. Die Parteien haben mit der IG ein Vorgespräch geführt und sind auf diese Punkte eingegangen. Man diskutierte, dass diese Punkte angegangen werden sollen. In der Folge wird das Gespräch durch die Fraktion CVP als Eigenwerbung benutzt. Warum können wir das nicht gemeinsam angehen? Das habe ich in meinen Ausführungen zu verstehen gegeben: Es soll nicht ein Politikum werden, was nun aber geschieht.

Reinert Marie Louise: Das Wort 'neue Ressourcierung' ist als Zauberwort in der Antwort des Gemeinderats auf diese Petition erschienen. Was heisst das?

Vogel Yvonne: Die Fraktion FDP erachtet die Antwort des Gemeinderats auf diese Motion als ausführlich und absolut ausreichend. Es ist klar sichtbar, dass der Gemeinderat seine Aufgabe ernst nimmt und gewillt ist, die Situation zu optimieren. Die Fraktion FDP findet das Engagement der Gemeinde betreffend Ausbau und Professionalisierung der Tagesstrukturen lobenswert. Wettingen hat sich in den letzten Jahren stark für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf eingesetzt, was auch im Sinne unserer Fraktion ist, da wir uns seit Jahren für diese Anliegen einsetzen und es unterstützen. Diese sensible Thematik muss mit Weitblick und Umsicht behandelt werden. Die Forderungen der Motionärin sind sehr umfassend. Aus unserer Sicht ist der gesetzliche Zeitrahmen sehr sportlich und ermöglicht kaum eine seriöse Abklärung und eine dementsprechend sinnvolle Umsetzung. In unserer Fraktion kommt Unmut auf, wenn mit solchen Motionen der Standort Wettingen als Wohngemeinde ins schlechte Licht gerückt wird, in dem diese Thematik medienwirksam in Szene gesetzt wird. Diese Art und Weise entspricht nicht unserer Auffassung einer vernünftigen und nachhaltigen Politik. Die Fraktion FDP ist der Meinung, dass wir dem Gemeinderat den nötigen Handlungsspielraum einräumen sollten und lehnt auch die Überweisung als Postulat ab.

Einen Aspekt möchten wir jedoch nicht ausser Acht lassen. Von Jahr zu Jahr steigen die Kosten für die familienergänzende Betreuung. Das bedeutet, dass das Angebot rege genutzt wird, was uns freut und bestätigt, dass die Notwendigkeit besteht. Die Fraktion FDP interessiert es jedoch, welcher volkswirtschaftliche Nutzen diese Investition betreffend erwartet wird. Daher haben wir eine dementsprechende Interpellation eingereicht, die diese Thematik aufgreift.

Fricke Martin: Die von Christian Wassmer erwähnten, aus dem Ruder gelaufenen Kosten, befinden wir ebenfalls als inakzeptabel. Warum will der Gemeinderat diese Motion als Postulat entgegennehmen?

Wassmer Christian: Ich habe offenbar mit meinem Votum einige fragende Einwohner:innen zurückgelassen. Ich möchte erwähnen, dass es nicht um irgendeine Übernahme geht. Ich glaube, dass ich mit Blockzeiten, mit Tagesstrukturen, mit Strategie Krippenpool, mit Elternrunde und -bildungstag den Tatbeweis erbracht habe. Das ist für mich ein absolut wichtiges Thema. Ich wurde von Frau Kleger per E-Mail angefragt und habe mir innerhalb einer Woche Zeit genommen, sie anzuhören. Wir haben ein sehr konstruktives Gespräch geführt, welches ich auch nicht vorenthalten wollte. Ich habe keine Kenntnis von dieser Karte, die herumgeistert und habe das durch dieses Gespräch Erfahrene heute weitergegeben.

Für mich waren drei Dinge sehr wichtig: Erstens, die Wertschätzung des heute bestehenden, tollen Angebots, welches völlig ausser acht gelassen wurde. Zweitens: Ich erwarte, dass die massive Kostenüberschreitung, die wir im Jahr 2018 zurücklassen, durch den Gemeinderat korrigiert wird. Drittens: Es gibt immer Optimierungspotential mit dem Anmeldeprozedere als wichtigster Punkt. Damit habe ich meine Gedanken mitgeteilt und

kann auch meinen Antrag auf Ablehnung wieder zurückziehen.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Die Motion ist im Recht von Yvonne Hiller. Sie hat akzeptiert, dass diese Motion in ein Postulat umgewandelt und entgegengenommen wird. Der Antrag der Fraktion CVP, das Postulat nicht zu überweisen, wurde wieder zurückgezogen.

Sozzi Sandro, Gemeinderat: Warum will der Gemeinderat diese Motion als Postulat entgegennehmen? Die Motion verlangt, dass wir den Anmeldetermin bereits auf diesen Sommer vorverlegen. Das ist nicht möglich. Die neue Ressourcierung und der neue Aargauer Lehrplan kommen auf uns zu. Damit könnten wir eine reelle Chance haben, den Anmeldetermin in nächster Zeit vorzuverlegen. Somit haben wir entschieden, diese Motion als Postulat entgegenzunehmen. Dieser Vorlage konnten Sie das Stundenplanprozedere entnehmen, aus welchem der späte Anmeldetermin resultiert.

Ich möchte mich kurz zum neuen Aargauer Lehrplan und die neue Ressourcierung äussern. Auf das nächste Schuljahr wird der neue Aargauer Lehrplan eingeführt. Es handelt sich um ein umfassendes und komplexes Thema. Ich mute mir nicht zu, dass ich das heute erkläre - es gibt Fachleute hier im Saal. In einer Schnellversion gebe ich wie folgt Auskunft: In den unteren Stufen werden die Schüler mit einer höheren Anzahl Lektionen unterrichtet. Dadurch werden wir in der Lage sein, sogenannte Rasterstundenpläne zu erstellen. Das würde bedeuten, dass bereits im Voraus festgelegt werden kann, dass beispielsweise alle Erstklässler am Montag-, Mittwoch- und Freitagnachmittag und alle Zweitklässler am Dienstag-, Mittwoch- und Donnerstagnachmittag keinen Unterricht haben. Wenn dem so ist, können wir den Anmeldetermin vorverlegen, weil wir diese Vorkenntnisse haben. Somit könnten sich die Eltern für die familienergänzende Kinderbetreuung verbindlich anmelden.

In der Beantwortung der Motion wurde beschrieben, dass der Kanton mit der neuen Ressourcierung pro Schüler pauschal eine Anzahl Lektionen vergeben kann, die von der Schule selber verteilt werden können. Das generiert viel Spielraum. Ob das ein konkreter Spielraum auf den Anmeldetermin einräumt, ist nicht anzunehmen.

Zur Anmeldung in den Kindergarten: Die Rasterstundenpläne existieren bereits für den Kindergarten und die Eltern wissen, wann die Kinder ihre freien Tage oder Nachmittage haben. Aufgrund von Fairness und gegenüber den Familien, die nicht nur Kindergarten-, sondern auch Schulkinder haben, können wir den Kindergartenkindern nicht bereits Plätze zuteilen und anschliessend die Schulkinder in die Lücken und drum herum verteilen. Das ist sehr kompliziert und ist nicht der Wille des Gemeinderats und der Schule.

Das Anmeldeprozedere wird als sehr schlecht hingestellt. Auch wir wollen den Anmeldetermin nach vorne verschieben. Das ist ein Grund der Entgegennahme als Postulat. Die Stadt Baden und alle grösseren Gemeinden kämpfen mit demselben Problem und auch sie können die Stundenpläne nicht früher liefern. In der Stadt Baden können die Eltern eine Anmeldung für die Betreuung bereits im Februar tätigen, erhalten aber erst während den Sommerferien eine Vereinbarung, die eine definitive Bestätigung der Kinderbetreuungsplätze beinhaltet. In Wettingen ist nur eine späte Anmeldung möglich, dafür treffen die Vereinbarungen bei einem grossen Teil der Eltern vor den Sommerferien ein.

Einige Punkte fallen nicht in das Thema der Motion. Ich möchte diese aber doch kurz erwähnen. Das zum Voraus erhaltene Schriftliche habe ich bereits zur Kenntnis genommen und an den Tagesstern weitergeleitet. Die Angelegenheit mit dem Elternbeirat wird geprüft. Ob das eine Verbesserung bringt, wage ich zu bezweifeln.

Zu den Kosten: Wir haben die Tarifordnung auf den 1. Januar 2019 angepasst, in dem wir die Subventionslimite gesenkt haben. Wir werden die Resultate der Anpassung im Jahr 2019 spüren. Gegenüber dem damals gesprochenen Betrag können wir eine massive Zunahme von Interessenten verzeichnen. Wir haben das Angebot ausgebaut, welches nicht mehr zum selben Preis geführt werden kann. Das war damals bereits so angedacht. Wir werden die Tarife und Kosten genau verfolgen. Der grössere Aufwand ist auch auf die Anpassung an das neue Kinderbetreuungsgesetz zurückzuführen. Wir mussten externe Leistungen und Beratungen in Anspruch nehmen und Software-Anpassungen insbesondere im Krippenpool vornehmen.

Dem Gemeinderat ist es ein grosses Anliegen, dass wir in Wettingen gute Tagesstrukturen anbieten können. Wir sind der Meinung, dass wir familienfreundlich sind.

Zum Schluss möchte ich allen Personen, die sich tagtäglich im Tagesstern und bei anderen Anbietern von Tagesstrukturen für das Wohl der Kinder einsetzen, herzlich danken.

Sigrist Thomas: Ich möchte noch kurz informieren, dass wir in der ersten Woche des Monats Juni eine Informationsveranstaltung für den Einwohnerrat über die Themen Lehrplan 21, Neuressourcierung und Schulraumplanung durchführen werden. Das genaue Datum wird Ihnen noch mitgeteilt. Es ist seitens der Schule ein grosses Anliegen, Ihnen diese Themen auch für den kommenden Budgetprozess näher zu bringen.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Der Ablehnungsantrag von Christian Wassmer wird zurückgezogen. Damit ist der Weg frei für die stillschweigende Überweisung des Postulats.

6 Interpellation Fraktion SP/WettiGrünen vom 18. Oktober 2018 betreffend Zustand der Asylunterkünfte in Wettingen; Beantwortung (2018-1789)

Schmidmeister Lea: Die Fraktion SP/WettiGrünen freut sich sehr über die ausführliche Beantwortung.

7 Interpellation Ernst Manuela, GLP, vom 13. Dezember 2018 betreffend Rückerstattung Subventionen der Postauto AG; Beantwortung (2018-2012)

Ernst Manuela: Vielen Dank für die prompte Rückmeldung. Ich nehme sie zur Kenntnis und bin mit der Antwort einverstanden.

Huser Hansjörg, Einwohnerratspräsident: Sie haben alle die E-Mail-Nachricht betreffend Axioma Software als Vorbereitung auf die nächste Sitzung erhalten. Bitte probieren Sie diese Software aus.

Reinert Marie Louise: Zum Thema Grünstadtlabel hat der Einwohnerratspräsident, Hansjörg Huser, die Formulierung "das Geschäft ist hiermit erledigt" verwendet, wie auch bei einem weiteren Thema. Wir denken, dass diese Anliegen nicht erledigt sein sollten.

Schluss der Sitzung: 20.20 Uhr

Wettingen, 14. März 2019

Für das Protokoll:

Namens des Einwohnerrates

Einwohnerratspräsident

Hansjörg Huser

Gemeindeschreiberin

Barbara Wiedmer